(individueller) Musterbrief an EP-Abgeordnete (final 9.3.2023)

*Vorbemerkung: Die Positionen der Initiative Lieferkettengesetz und ihrer Mitgliedsorganisationen sind vielen Abgeordneten bekannt. Eine wichtige Ergänzung können individuelle Briefe an Europa-Abgeordnete aus dem eigenen Bundesland sein, insbesondere wenn man seine\*ihre Partei gewählt hat und dies auch im Brief zum Ausdruck bringt. Dabei könnte auch auf die in 2024 anstehenden Europa-Wahlen Bezug genommen werden. Die entscheidende Abstimmung im Europaparlament findet voraussichtlich am 30. oder 31.05. statt – es ist wichtig, dass die Abgeordneten die Briefe vorher erhalten. Wenn es Antworten von Abgeordneten gibt, wären wir für eine Weiterleitung an uns dankbar, um sie auswerten zu können: Mail an Michael.Eule@t-online.de*

Sehr geehrte / Liebe/r

Mit dem sogenannten EU-Lieferkettengesetz hat die Europäische Union eine einmalige Chance: Sie kann dafür sorgen, dass europäische Unternehmen in ihren Wertschöpfungsketten endlich Verantwortung für Menschen, Umwelt und Klima übernehmen. Und sie kann dafür sorgen, dass Menschenendlich eine faire Chance auf Schadensersatz haben, wenn ihre Rechte von europäischen Unternehmen verletzt werden.

Doch dafür braucht es ein ambitioniertes EU-Lieferkettengesetz. Die großen Wirtschaftsverbände versuchen genau das zu verhindern und das Vorhaben so zu verwässern, dass es praktisch wirkungslos wird.

Ich bitte Sie daher: Setzen Sie sich dafür ein, dass der Schutz der Menschenrechte, des Klimas und der Umweltin den gesamten Wertschöpfungsketten gestärkt wird. Es kann nicht sein, dass Europa eine an den Menschenrechten orientierte Außenpolitik vertritt, aber wenn es um Pflichten für eigene Unternehmen geht, wirksame Schutzmechanismen unterlässt.

Bitte setzen Sie sich insbesondere für folgende Punkte ein:

* Anwendung der Lieferkettenrichtlinie auch auf den Finanzsektor. Denn weiter investieren Banken oder Versicherungen in Projekte, die Menschen und Umwelt schaden, z.B. im Rohstoffabbau.
* Sorgfaltspflichten für die gesamte Wertschöpfungskette – ohne Einschränkungen und Abstufungen. Denn gerade am Beginn der Lieferketten drohen oft Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen und auch im Export, z.B. von gefährlichen Pestiziden, bestehen Risiken für Mensch und Umwelt.
* Haftung bei Verletzung aller Menschenrechte, nicht nur bei Verletzung absoluter Rechte, wie von der Bundesregierung vorgeschlagen. Absolute Rechte sind nur Leben und Gesundheit, Freiheit, Eigentum und Besitz, nicht jedoch der Arbeitsplatz. Wenn Menschen im Globalen Süden ihren Arbeitsplatz wegen Wahrnehmung gewerkschaftlicher Rechte verlieren, wären Sie trotz Verstoßes gegen fundamentale Menschenrechte nicht geschützt.
* Sorgfaltspflichten auf für das Klima und die Umwelt – konkret und verbindlich. Unternehmen müssen ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten und dürfen durch ihre Tätigkeiten die Umwelt nicht schädigen.

Setzen Sie mich gerne auf Ihren Email-Verteiler und informieren Sie mich bitte über den Fortgang der Europäischen Lieferkettenrichtlinie.

Mit freundlichen Grüßen